Nummer 106

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

75. Jahrgang

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk. Politischer Teil: Dr. Richard Jögler. Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen. Lokales und Sport: Gerhard Reutner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Dienstag, 4. März 1930

Das „Notopfer" als Klassenkampfparole.

Der Streit der Parteien um das Notopfer hat besonders bei der Sozialdemokratie zu sehr merkwürdigen und abstoßenden Begleiterscheinungen geführt. Die SPD. verlangt bekanntlich Sanierung der Arbeitslosenunterstützung und uneingeschränktes Fortbestehen des jetzigen Systems dieser Einrichtung, sie verwirft aber eine Reform, eine Durchkämmung des Arbeitslosenversicherungswesens, obwohl jeder vernünftige Mensch einsehen muß, daß hier Hunderte von Millionen gespart werden können, ohne daß die Bezüge der wirklich bedürftigen Arbeitslosen darunter zu leiden haben. Der Reichsfinanzminister hat ein Programm entworfen, in dem auch die Stützung der Arbeitslosenversicherung in ihrer jetzigen mißlichen Lage vorgesehen ist. Die Sozialdemokratie lehnt dieses Programm um so schärfer ab, je mehr sie erkennt, daß auf andere Weise Wasser auf die Mühle ihrer Parteidemagogie gelenkt werden kann. Sie verlangt ein Notopfer der anderen für die Arbeitslosen. Sie wünscht keine Gesundung, sondern nur Zustopfung des Loches. Sie spekulierte von vornherein: sehen wir das Notopfer durch, so ist das ein ungeheurer Prestigesieg im Sinne sozialistischer Wirtschaft und im Sinne sozialistischer Demagogie, denn dann kann man sich vor den Erwerbslosen als Sieger und alleinige Patronin der Arbeitslosen in die Brust werfen. Wird das Notopfer abgelehnt, so kann man die Klassenkampfparole ins Volk werfen. Um eines der beiden Ziele sicher zu erreichen, rückte die Sozialdemokratie von dem ursprünglichen Gedanken des „Notopfers der Festbesoldeten" ab, weil sie fürchtete, unter den mittleren Beamten, Lehrern, mittleren Angestellten usw., wo die SPD. Fuß gefaßt hat, ihre Wähler zu verlieren. Sie lenkte zu dem „Notopfer der Besitzenden" über, zu einer Sonderbesteuerung aller Steuerzahler von einem bestimmten Einkommen an aufwärts. Jetzt war die richtige Kampfstellung gefunden: hier Arme und Erwerbslose, dort „die Besitzenden". In diese Situation schlug die Nachricht von der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei hinein. Die scharfe Ablehnung des Notopfers durch die Deutsche Volkspartei hat alle Giftkessel sozialdemokratischer Verhetzungskunst zum Kochen gebracht, der Dunst der Gemeinheit steigt, mit widerlichen Gerüchen, aus den Spalten der sozialdemokratischen Presse herauf. Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

„Die echte Unternehmerbrutalität kennt keine Rücksicht. Sie geht ebenso über Staatsnotwendigkeiten hinweg, wie über das Elend der Erwerbslosen."

Der Deutschen Volkspartei wird die Absicht untergeschoben, „die Arbeitslosen preiszugeben." Um der Verlogenheit die Krone aufzusetzen, veröffentlicht die Boulevardausgabe des „Vorwärts", mit Bezug auf den Beschluß der Deutschen Volkspartei, auf der ersten Seite eine Karikatur, die einen wohlbeleibten Mann in Frack und Zylinder zeigt, an seiner Seite eine aufgedonnerte Dirne. Unter dem ekelerregenden Bilde steht „Notopfer? — ich spüre nichts von Not!"

Wir haben also folgende Tatsache vor uns:

Die Lage der Reichsfinanzen erfordert Reformierung des Arbeitslosenversicherungswesens. Die Sozialdemokraten verweigern die Reform und wünschen, indem sie jetzt einen Prügelanfall schaffen wollen, jemeilige Sanierung der Erscheinungen ihrer Mißwirtschaft durch Opfer des Mittelstandes und der „Besitzenden". Sie wünschen, Sondersteuern von Fall zu Fall und ohne Rücksicht auf die Lage des schwer darbenden Mittelstandes, der Wirtschaft, der Landwirtschaft und der Industrie diktieren zu können. Wenn sie sehen, daß ihnen dies nicht möglich ist, rufen sie mit den ebenso abgestandenen wie verwerflichen und unsittlichen Schlagworten zum Klassenkampf auf. Die Schmutzigkeit ihrer Kampfesweise ist durch die oben geschilderte Karikatur nicht mehr zu überbieten.

Die Sozialdemokraten wittern den Zerfall der jetzigen Koalition, die ja überhaupt nur noch durch den Namen zusammengehalten wird. Sie bereiten für alle Fälle die Kampfparole vor, gleichgültig, ob sie Mitglied und Führer einer Rumpfkoalition (ohne Deutsche Volkspartei) bleiben oder ob sie selbst etwa die Regierung verlassen. Sie bereiten mit ihrer über alle Maßen gehässigen Notopferpropaganda Vertiefung des Klassenkampfes, Stellungsbau für die entscheidende Auseinandersetzung des Marxismus mit seinen Gegnern vor. Mögen also, wenn die Sozialdemokraten es wollen, die Kampffronten — aber auf beiden Seiten — sich bilden!

Dr. J.

Vertagung der Krise bis nach Annahme des Young-Planes?

Das Reichskabinett tritt heute 16 Uhr wieder zusammen, um die gestern abgebrochenen Beratungen über das Stabilisierungsprogramm und die finanzpolitischen Streitpunkte fortzusetzen. Auch für heute dürfte keine Entscheidung zu erwarten sein, vielmehr verstärkt sich der Eindruck, daß sich im Kabinett eine Mehrheit für die Vertagung jeder Beschlußfassung über die strittigen Finanzfragen bis nach der Verabschiedung des Youngplanes finden wird. Im Reichstag fanden heute vormittag Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer mit führenden Mitgliedern der volksparteilichen Reichstagsfraktion statt, wobei, wie verlautet, allgemein die Anschauung zum Ausdruck kam, daß vor allen Dingen der Youngplan erledigt werden müssen. Anscheinend sind auch die sozialdemokratischen Minister bereit, mit ihren volksparteilichen Kollegen für eine Vertagung der finanzpolitischen Entscheidung bis nach der Verabschiedung des Youngplans einzutreten, so daß also nur noch das Zentrum an der sofortigen Klärung der Finanzfragen festhält. Die Möglichkeit, daß das Kabinett sich über den Widerstand des Zentrums einfach durch Mehrheitsbeschluß hinwegsetzt, wurde heute mittag im Reichstag eingehend erörtert. Man glaubt nicht, daß das Zentrum, wenn es in dieser Frage im Kabinett überstimmt werden sollte, irgendwelche Konsequenzen ziehen würde, zumal ja, wie verlautet, nur beabsichtigt sein soll, die Entscheidung, nicht die Verhandlungen an sich zu vertagen. Voraussichtlich dürften sich also die Beratungen des Kabinetts in der bisherigen schleppenden Weise noch über die nächsten Tage, vielleicht auch während der ganzen Youngdebatten im Reichstage hinziehen.

Im übrigen dürften die heutigen Besprechungen Doktor Moldenhauers mit den erwähnten führenden Persönlichkeiten seiner Fraktion und Partei ergeben haben, daß der demokratische Vermittlungsvorschlag in der Frage des Notopfers, der bekanntlich für dieses Jahr einen Zuschlag zur Einkommensteuer vorsieht, der im nächsten Jahr an die Betroffenen zurückgezahlt werden soll, von der Deutschen Volkspartei nicht für unannehmbar gehalten wird. Der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei ist wie der Parteivorsitzende nach wie vor der Ansicht, daß von den Beschlüssen der Partei am Sonntag in keiner Weise abgegangen werden kann.

Reichskrise und Bayerische Volkspartei.

tr **München**, 3. März.

Die katastrophale Entwicklung der Dinge im Reich wird naturgemäß in München mit ganz besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Schon deswegen, weil ja die zur Zeit am meisten genannte Kombination einer Regierungsbildung aus den Parteien der ehemaligen Weimarer Koalition nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn die Bayerische Volkspartei sich dafür ausspräche. Bei Bayern, das ja mittelbar die Ursache der ganzen Krise ist, nachdem die Bayerische Volkspartei das Zentrum für ihre Forderung der Sicherstellung der Finanzreform im Sinne der Länder vor Erledigung der Younggesetze zu gewinnen wußte, liegt nunmehr letzt enEndes auch die Entscheidung. Wie von zuständiger Stelle verlautet, muß als conditio sine qua non gelten, daß die Bayerische Volkspartei nur einer Regierung ihre Unterstützung in Aussicht stellen könnte, die in der Lage wäre, ein Finanzprogramm vorzulegen, das ihren bekannten Wünschen entspräche. Es ist auch ausgeschlossen, daß etwa die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei in Berlin von sich aus eine Entscheidung trifft, ohne sich vorher mit den zuständigen Parteiinstanzen in München ins Benehmen gesetzt zu haben, die ihr ja gerade in dieser Richtung vor wenigen Wochen gebundene Marschroute gegeben haben. Prälat Dr. Leicht ist ein viel zu gewiegter Politiker und übergeuzter Anhänger seiner Partei, als daß er eine so schwerwiegende Entscheidung auf sich nehme. Es müßte unter allen Umständen die Parteileitung einberufen werden. Eine Anregung dazu ist bisher von der Reichstagsfraktion hierher nicht ergangen. Da aber selbst einer telegraphischen oder telephonischen Aufforderung nicht sofort Rechnung getragen werden könnte, da die Funktionäre der Partei aus dem ganzen Lande zusammenberufen werden müssen, erscheint es ausgeschlossen, daß eine Entscheidung — soweit die Bayerische Volkspartei in Betracht kommt — unmittelbar bevorsteht. Andererseits kann man wohl als gewiß unterstellen, daß gerade in Anbetracht der treuen Bundesgenossenschaft, die das Zentrum der Bayerischen Volkspartei angedeihen ließ, die Parteileitung einem Eintritt in die Weimarer Koalition keine Schwierigkeiten entgegensetzen wird, vorausgesetzt natürlich immer, daß dem Wunsch nach einer tragbaren Finanzreform einigermaßen entsprochen wird.

75 Stadtverordnete weniger für Groß-Berlin.

Einschneidende Bestimmungen des Referentenentwurfes über die Verwaltungsreform.

Von gewöhnlicher sehr gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt:

„Der Referenten-Entwurf über die Umgestaltung von Groß-Berlin liegt jetzt dem neuernannten Innenminister Dr. Waentig zur Unterschrift vor. Er bringt — wie schon gemeldet — Berlin die Bürgermeisterei-Verfassung mit dem Zusatz, daß die Bezirks-Bürgermeister dem Zentral-Magistrat angehören. Die Zahl der Stadtverordneten wird von 225 auf 150 herabgesetzt. An Stelle der Bezirksversammlungen, die fortfallen, treten Bezirksräte, deren Mitgliederzahl für die kleineren Bezirke 15, für die größeren 29 beträgt. Die Frage der Zuständigkeit zwischen Zentrale und Bezirk wird nicht durch das neue Gesetz festgelegt, sondern soll durch Ortsstatut geregelt werden."

— **Dr. Hübener Oberpräsident in Magdeburg?** Wie das „Merseburger Tageblatt" von angeblich maßgebender Stelle erfährt, steht die Ernennung des Landeshauptmanns der Provinz Sachsen Dr. Hübener in Merseburg zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen bevor. Dr. Hübener, der der demokratischen Partei angehört, würde somit der Nachfolger des zum preußischen Innenminister ernannten Oberpräsidenten Prof. Dr. Waentig werden.

Ein Opfer kommunistischer Wühlarbeit

Ein Reichswehrangehöriger Mitäter an den Leipziger Waffendiebstahl.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist in der Angelegenheit des Leipziger Waffendiebstahls ein Angestellter des Standortkommandos Leipzig verhaftet worden, dem nachgewiesen worden ist, daß er bereits seit dem Januar in Verbindung zur Kommunistischen Partei gestanden und den Diebstahl vorbereitet und ermöglicht hat.

Politisches Bombenattentat in Serbien.

EP **Belgrad**, 4. März.

In der ostserbischen Stadt Pirot wurden gestern abend von zwei Männern in das Hotel National, in dem die Konferenz zur Vorbereitung des Grenzfriedens zwischen Jugoslawien und Bulgarien ihre Tagung abgehalten hatte, zwei Bomben geworfen. Zwei weitere Bomben explodierten auf dem Bürgersteig vor dem Hotel, während des stärksten Verkehrs. Es wurden dabei neun Personen im Hotel und zehn Personen auf der Straße schwer verletzt, von denen einer bereits gestorben ist. Man nimmt an, daß es sich um einen Anschlag bulgarischer Kommitatis handelt. Die Täter selbst sind unerkannt entkommen.

— **Ablehnung der Biersteuer in Rostock.** In der gestrigen Sitzung der Rostocker Stadtverordneten fand die Ratsvorlage betreffend Einführung einer kommunalen Biersteuer nicht die vom Rat erhoffte Mehrheit. Die Biersteuer ist damit für Rostock einstweilen gefallen.

— **Admiral Grigorowitsch gestorben.** In Nanton ist im Alter von 78 Jahren der frühere russische Admiral Grigorowitsch gestorben. Er war Adjutant des Zaren und von 1912 bis 1917 Marineminister.

Madrider Dilemma.

Don Alfonso und seine Ratgeber.

Die spanischen Zeitungen kommen wieder mit langen, weißen Zensurflecken an. Auch die Regierung des Generals Berenguer kann also auf diese Ultima ratio spanischer Regierungskunst nicht verzichten. Den Anlaß für die Rückkehr zu solchen Diktaturmitteln hat die große, scharfe Rede des ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Sanchez Guerra gegeben, der, mit einer großen Bitterkeit des Gemüts, mit anderen Gegnern Primo de Riveras aus der Verbannung zurückgekehrt ist. Allerdings war diesem alten Politiker, dem man einst gewiß keine radikalen Neigungen nachsagen konnte, von der verflossenen Diktatur besonders übel mitgespielt worden. Worauf Primo de Rivera, der nun seinerseits „fern von Madrid" in Paris spazieren geht, wohl anwarten dürfte, daß nur durch scharfe Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Opposition der Prominenten sein Regime überhaupt so lange aufrechterhalten werden konnte.

Auf jeden Fall hatte die neue Regierung Berenguer die große Kundgebungsrede Guerras nach anfänglichem Sträuben zugelassen, wohl in der Hoffnung, daß dieser Staatsmann, der ja kein Jüngling mehr ist, ganz von selbst sich eine gewisse Mäßigung auferlegen würde. Das war eine Täuschung entweder über das Temperaments Guerras oder aber über den Grad der allgemeinen innenpolitischen Spannung und Krisenhaftigkeit. Als die Rede gehalten war und infolge der Lockerung der Zensur — grundsätzlich aufgehoben ist sie nicht gewesen — in den Zeitungen in extenso erschienen war, waren in dem Madrider Regierungshaus wie in dem Königspalast Enttäuschung und Nervosität groß. Die Angriffe, die Sanchez Guerra nicht nur gegen das Regime Primo de Riveras, sondern vor allem auch gegen die Krone wegen ihrer Begünstigung der verflossenen Diktatur richtete, sind eben von einer kaum noch zu überbietenden aggressiven Schroffheit, und wenn der Redner sich auch persönlich noch immer für einen grundsätzlichen Monarchisten — in der Theorie — erklärte, so stand er der starken republikanischen Bewegung in der spanischen Intelligenz und darüber hinaus rückhaltlos jede Berechtigung zu. Da gleichzeitig auch der junge Maura, Sohn ebenfalls eines ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten kürzlich sich für die Republik ausgesprochen hatte und ebenso wie Guerra ein sehr lautes Echo besonders in der Jugend gefunden hatte, die selbst vor tumultuarischen Ausbrüchen nicht zurückscheute, mußte König Alfons die dynastischen Interessen ernstlich bedroht fühlen.

Es war fast dieselbe Situation und dasselbe Dilemma, wie vor sieben Jahren, als er Primo de Rivera als Retter nicht nur vor der alten Parlamentskorruption, sondern auch vor der syndikalistischen und separatistischen Gefahr als „starken Mann" an die Regierung ließ.

Daß dieses Diktaturregime in der Praxis manches Gute geschaffen und in mancher Hinsicht besonders die wirtschaftliche Situation erleichtert hat, ist hier wiederholt gezeigt worden. Allerdings gilt auch für diesen Ausnahmezustand das Wort: die Länge hat die Last! und das alte Unabhängigkeits- und Geltungsbedürfnis gerade vieler oberen spanischen Gesellschaftskreise empfand immer bitter die Göthesche Wahrheit: Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage! So entstand in den letzten Jahren jener circulus vitiosus: die wachsende Opposition wurde durch vermehrte Zwangsmaßnahmen und Polizeimittel vorübergehend unterdrückt, um in Wirklichkeit immer mehr um sich zu greifen, bis schließlich nach so und so vielen unterdrückten Putschversuchen, sozusagen über Nacht, das Diktaturgebäude doch zusammenbrach.

Nach dem Jubel der ersten Freiheitstage stellte sich dann aber die andere schlimme Frage ein, zum Teil gewiß auch als Folge der siebenjährigen zwangsweisen Entpolitisierung, ob nämlich die öffentliche Meinung des Landes, die so energisch den Sturz der Diktatur gefordert hatte, für die Wiederaufnahme eines normalen demokratischen und parlamentarischen Systems auch reif wäre? Die leidenschaftlichen, jedes Maß überschreitenden Reden von Männern wie Sanchez Guerra, Prof. Unamuno und anderen, durch die zweifellos nur Oel in die flackernde Leidenschaftlichkeit besonders einer direktionslosen Jugend gegossen wurde, und vor allem der Machtwille der republikanischen Fraktionen und Agitatoren zwingt diese Frage schon heute mit größter Eindringlichkeit zu stellen. König Alfons, der sich zuerst vertrauensvoll der Leitung General Berenguers anvertraut hatte, sieht sich also offenbar, wenn wohl auch innerlich widerstrebend, gezwungen, wieder zu einem „starken Mann" seine Zuflucht zu nehmen.

Wenn die Telegramme von der französischen Grenze Richtiges melden, wäre der Generalkapitän Martines Anido, der durch seine rücksichtslose Energie den schon vor Jahren sehr gefährlichen kommunistischen Syndikalismus in Barcelona ebenso unterdrückt hat, wie die offenen katalonischen Loslösungsversuche, jetzt die Persönlichkeit, welche die Krone schützen soll. Martinez Anido war, wie schon gesagt Mitarbeiter, aber auch Rivale Primo de Riveras. Es ist nicht bekannt, wie er heute die Lage sieht. Nur eine Neuauflage der Primo'schen Diktatur ist natürlich aus-

Erika
Die Königin der Kleinschreibmaschinen
Druckschrift 552 kostenlos

Hinweg mit Tint' und Feder, mit „Erika" schreibt jeder!

Aktiengesellschaft vorm. SEIDEL & NAUMANN DRESDEN